



## Newsletter März 2018

connosco e.V.  
Lotharstr. 14-18  
50937 Köln  
Website: [www.connosco.de](http://www.connosco.de)  
E-Mail: [info@connosco.de](mailto:info@connosco.de)



**Editorial & Grußwort**

3

**Kurznachrichten**

4

*Von Marc Reismann*

**Zweifelhafte Präsidentschaftswahl  
in Venezuela am 20. Mai**

6

*Von Lena Greiner*

**Zur Ermordung der Politikerin  
Marielle Franco und ihres Fahrers  
Anderson Gomes**

8

*Von Robin Werbeck*

**Rücktritt Kuczynskis stürzt Peru  
in Regierungskrise**

10

*Von Monique Schumacher*

## Inhalt

## Editorial & Grußwort

**Liebe Lateinamerika-Freunde,**

Informationen zu der zukünftigen Präsidentschaftswahl in Venezuela finden Sie ab Seite 6. Hintergründe zu der Person und dem Mord an der Politikerin Marielle Franco und ihres Fahrers Anderson Gomes erfahren Sie ab Seite 8. In Peru herrscht derzeit eine Regierungskrise. Informationen über den Rücktritt des peruanischen Staatspräsidenten Pedro Pablo Kuczynski finden Sie ab Seite 10.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

**Herzlichst,  
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

## Kurznachrichten

Von Marc Reismann

### **Streik in Argentinien: Bankangestellte legen Arbeit nieder**

Buenos Aires/La Plata. Am sechsten April blieben alle Banken geschlossen. Der landesweite Streik hatte auch zur Folge, dass sämtliche Geldautomaten nicht mit Geld versorgt wurden. Zeitgleich wurde eine nationale Betriebsversammlung einberufen und vielerorts protestiert. Initiator der kollektiven Arbeitsniederlegung war die Gewerkschaft der Bankangestellten. Ziel der Provokation war es den aktuellen Forderungen bezüglich nationaler Tarifverhandlungen Nachdruck zu verleihen. Es wird eine Steigerung der Gehälter um 20 Prozent gefordert, die einer Anpassung an vorherrschende inflationäre Trends entspräche. Für das Jahr 2018 prognostiziert die Nationalbank Argentiniens eine Inflation von 19,8 Prozent. Das Arbeitsministerium hat in jüngsten Verhandlungen eine maximale Lohnsteigerung von sieben Prozent angekündigt. In den kommenden Tagen ist mit weiteren mehrtägigen Streiks zu rechnen.

### **Drohende Wasserknappheit in Mexiko-Stadt**

Mexiko-Stadt. Laut einer Studie der Weltbank sollen die Wasserreserven im Ballungsraum von Mexiko-Stadt bis zum Jahr 2030 nicht mehr die Nachfrage nach Trinkwasser innerhalb der Bevölkerung decken können. Es werde erwartet, dass nur noch jeder Zweite der knapp 21 Millionen Einwohner im Jahr 2030 einen Zugang zu ausreichenden Mengen an Trinkwasser haben werde. Das Gebiet um Mexiko-Stadt verbraucht somit mehr Frischwasser, als es durch Einsickerung gewinnen kann. Es werden bereits 40 Prozent aller Wassermengen via Pipelines aus weit entfernten Gebieten bezogen. Mexiko-Stadt ist von einem stetig sinkenden Grundwasserspiegel betroffen. Neben der Entstehung von Konflikten innerhalb der Bevölkerung, rechnet die Studie von einer Preissteigerung des Trinkwassers in den kommenden Jahren um mögliche 200 Prozent.

### **Erneute Umweltkatastrophe in Chile**

Chiloé. Die im Süden Chiles gelegene Insel Chiloé ist von einer Algenpest betroffen, die zu großen Verlusten in der Fisch- und Meeresfrüchteproduktion führt. Bereits Anfang des Jahres wurden einzelne Fälle von Vergiftungen durch den Verzehr von Meeresfrüchten aus der chilenischen Inselregion bekannt. Das zeitgleiche großflächige Aufblühen zweier Mikroalgen führt derzeit zu einem massiven Fischsterben sowie der Anreicherung der Fische mit Giften. Industrielle Fangbetriebe klagen bereits über 2,4 Millionen Tonnen toter Fische. Auch hat mit dem Fischsterben eine Bevölkerungszahl von geschätzt 16.000 Personen in der Region ihre Haupteinkommensquelle seit Januar diesem Jahres verloren. Bereits vor zwei Jahren wurde der lokale Fischfang von einer Algenpest im Süden Chiles enorm eingeschränkt. Als Hauptgrund für das sehr starke Wachstum der Algen wird die Fischfangindustrie vermutet. Demnach begünstigen die hohen Mengen an Fischnahrungsmitteln und die damit verbundene Menge an Exkrementen sowie eine große Anzahl toter Fische, als Folge des Fischfangs, das Algenwachstum deutlich.

## Zweifelhafte Präsidentschaftswahl in Venezuela am 20. Mai

*Von Lena Greiner*

Am 20. Mai soll in Venezuela ein neues Staatsoberhaupt gewählt werden. In dem Land, das wirtschaftlich, politisch sowie sozial in einer tiefen Krise steckt, findet ein unerbittlicher Machtkampf zwischen der linksnationalistischen Regierung unter Nicolás Maduro sowie der Mitte-rechts-Opposition statt. Im letzten Jahr wurden bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Opposition und den Sicherheitskräften über 130 Menschen getötet.

Ursprünglich war die Präsidentschaftswahl erst für Dezember 2018 angedacht, jedoch wurde sie von der Regierung überraschend vorverlegt. Anfang des Jahres entschied dies die von Regierungsanhängern besetzte Verfassungsversammlung, durch die im August letzten Jahres das Parlament ausgehebelt worden war. Die Präsidentin des Nationalen Wahlrats, Tibisay Lucena, verkündete den Beschluss der Regierung vergangenen Februar im Staatsfernsehen. Es scheint, als wolle Maduro die momentane Schwäche der Opposition nutzen, um seine Amtszeit zu verlängern. Seine Kandidatur wird dabei von der Vereinten Sozialistischen Partei (Partido Socialista Unido de Venezuela, PSUV) sowie einigen kleineren Linksparteien, wie zum Beispiel der Kommunistischen Partei Venezuela (Partido Comunista de Venezuela, PCV), unterstützt.

Eigentlich war die Wahl bereits auf den 22. April angesetzt, allerdings wurde dies von Seiten der Regierungsgegner stark kritisiert mit dem Argument, dass es innerhalb eines so kurzen Zeitraumes unmöglich wäre, freie und transparente Wahlen vorzubereiten. Es folgte ein Abkommen der Unterstützungsparteien der beiden aussichtsreichsten Kandidaten, die Wahl auf den 20. Mai zu verschieben.

Zeitgleich mit der Präsidentschaftswahl wird auch die Wahl der regionalen und lokalen Parlamente stattfinden. Das Oppositionsbündnis Tisch der de-

mokratischen Einheit (Mesa de la Unidad Democrática, MUD) ist aufgrund eines internen Streits über den Umgang mit der Regierung geschwächt. Ferner sind führende Oppositionspolitiker nicht für die Wahl verfügbar. Zum einen, weil sie unter Hausarrest stehen, was bei dem ehemals aussichtsreichen Kandidaten Leopoldo Lopez der Fall ist. Zum anderen, weil sie im Exil leben. Dem früheren Präsidentschaftskandidaten Henrique Capriles wurde das passive Wahlrecht entzogen, weshalb er nicht mehr kandidieren darf.

Bisher haben sechs Politiker ihre Kandidatur für das Präsidentenamt angemeldet, der aussichtsreichste Kandidat unter ihnen dürfte Henri Falcón, ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Lara, sein. Unter Präsident Hugo Chávez unterstützte er früher die regierenden Sozialisten. 2010 trennte er sich von ihnen und gründete zwei Jahre später die Oppositionspartei Avanzada Progresista. Außerdem findet er Unterstützung durch die Christdemokraten (Copei) und der sozialdemokratischen Bewegung für den Sozialismus (MAS).

Das Oppositionsbündnis Tisch der demokratischen Einheit kritisiert Falcóns Kandidatur stark, da er die Opposition nicht repräsentiere und auch nicht für diejenigen Venezolaner stünde, die einen Wandel wollten.

Am 21. Februar hatte sich das Bündnis dazu entschlossen, die Präsidentschaftswahlen zu boykottieren. Unterstützt wurde dieses Vorhaben von der USA sowie von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Innerhalb Lateinamerikas wollen ebenso viele Staaten die anstehende Wahl in Venezuela nicht anerkennen.

Als weitere Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes meldeten sich inzwischen Reinaldo Quijada (Unidad Política Popular 89), Javier Bertucci (Esperanza por el Cambio) und die parteiunabhängigen Francisco Visconti sowie Luis Alejandro Ratti.

Es kann angenommen werden, dass Nicolás Maduro die Wahl erneut gewinnen wird, da das Oppositionsbündnis Tisch der demokratischen Einheit nicht antritt und der Nationale Wahlrat Venezuelas (CNE) seine Glaubwürdigkeit in der Vergangenheit bereits zu großen Teilen eingebüßt hat.

## Zur Ermordung der Politikerin Marielle Franco und ihres Fahrers Anderson Gomes

Von Robin Werbeck

Am 14. März wurden die Lokalabgeordnete Marielle Franco und ihr Fahrer, Anderson Gomes, in ihrem Dienstwagen auf dem Weg nach Hause ermordet. Zeugen sprechen von einer regelrechten Hinrichtung: Franco trafen vier Kugeln, drei davon in den Kopf. Die Polizei hüllt sich über die Umstände in Schweigen, die Ermittlungen liefen weiter. Sie gehe aber von einer gezielten Exekution aus. Die Täter hätten, trotz verdunkelter Scheiben, genau gewusst, auf welchem Platz sich Franco im Wagen befand. Der Minister für Sicherheit des Bundesstaates Rio de Janeiro, Richard Nunes, beteuert die Komplexität des Falles. Es sei aber "unbestreitbar", dass die polizeilichen Ermittlungen in Richtung eines Zusammenhanges des Mordes mit dem politischen Engagement Marielle Francos gehen würden.

### **Politikerin, Menschenrechtsaktivistin und das Anprangern von Polizeigewalt**

Die 38-jährige Franco saß bis zum Zeitpunkt ihres Todes als Abgeordnete der linken Partei für Sozialismus und Freiheit (Partido Socialismo e Liberdade, PSOL) im Stadtrat Rio de Janeiros. Als schwarze und lesbische Frau, die aus dem Stadtteil Maré (einer der größten Favelas Rio de Janeiros mit ca. 130.000 Einwohnern) stammt, setzte sie sich über zehn Jahre für die Rechte von Frauen und Favela-Bewohnern ein. Ihre eigenen Erfahrungen hatten Sie zu einer Kämpferin für das Recht auf Leben und gegen Gewalt gemacht: 2005 starb eine Freundin bei einem Schusswechsel zwischen Polizeikräften und Mitgliedern einer Drogenbande. Durch ihre unermüdliche Arbeit hatte sie in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erlangt, indem sie beispielsweise als Leiterin der Menschenrechtskommission in Rio de Janeiro die von Präsident Temer beschlossene Militärintervention im Bundesstaat heftig kritisierte. Außerdem prangerte Franco immer wieder Fälle von Rassismus und Gewaltexzessen durch Polizeieinheiten an. Noch am 11. März hatte sie über ihre Accounts in den Sozialen Medien Einheiten der Militärpolizei vorgewor-



fen, im Viertel Acari zwei Menschen brutal ermordet und ihre Körper im Abwassergraben entsorgt zu haben. In diesem Zusammenhang wurde der Vorwurf laut, die Ermordung der Aktivistin stehe in Verbindung mit Interessen einiger Einheiten der Militärpolizei, die Franco sprichwörtlich mundtot machen wollten. Lokalpolitiker sehen sich immer wieder großer Gefahren für Leib und Leben gegenüberstehen. Allein in den letzten zwei Jahren wurden 37 Lokalpolitiker getötet.

### **Große nationale und internationale Resonanz**

Seit der Ermordung Francos und Gomes' hat es nicht einen Tag in Brasilien ohne Demonstrationen gegen Polizeigewalt, Organisierte Kriminalität, Menschenrechtsverletzungen und die Benachteiligung der ärmeren Bevölkerung gegeben. Insbesondere (afrobrasilianische) Frauen gehen auf die Straße und erhöhen den Druck auf Staat und Politik. Die Veranstaltungen verteilen sich über das ganze Land – von Rio über São Paulo, Belo Horizonte und Brasília. Auch in New York, Paris, Berlin oder Dublin protestierten Menschen gegen die Hinrichtung der Aktivistin. Vertreter der Vereinten Nationen veröffentlichten ein Kommuniqué, in dem diese die Ermordung Franco als "tief beunruhigend" beschreiben und Aufklärung fordern.

### **Der Fall Marielle Franco und die Sozialen Medien**

Die Anteilnahme der brasilianischen Bevölkerung spiegelte sich in den Tagen nach Francos Tod insbesondere auf Facebook, Twitter und Co wieder. Laut einer Untersuchung der "Diretoria de Análise de Políticas Públicas" des Instituts Fundação Getúlio Vargas (FGV-DAPP) wurden vom 14. bis zum 18. März 2,14 Millionen Tweets zum Tod Francos veröffentlicht. 88% der Meldungen machten eine Anteilnahme deutlich, sieben Prozent beinhalteten Hasskommentare. Ein Teil der politischen Rechten Brasiliens (u. a. Sympathisanten des Movimento Brasil Livre) versuchte durch Fake News die Integrität Marielle Francos posthum zu beschädigen und sie zu diffamieren. So wurde sie beispielsweise in Verbindung mit Drogenbanden gebracht. Die öffentliche Diskussion in den Sozialen Medien macht die Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft deutlich.

## Rücktritt Kuczynskis stürzt Peru in Regierungskrise

*Von Monique Schumacher*

Mit dem Rücktritt des peruanischen Staatspräsidenten Pedro Pablo Kuczynski (PPK) endete am 21. März schon nach 20 Monaten eine Amtszeit, die fortwährend von kleineren und größeren Skandalen gekennzeichnet war. Das Land steuert nun auf ungewisse Zeiten zu. Mit versteineter Miene an seinem Schreibtisch im Präsidentenpalast in Lima sitzend, flankiert von seinen Kabinettsmitgliedern, war PPK an jenem Mittwochnachmittag auf den TV-Bildschirmen erschienen, um seinen Rücktritt zu verkünden. Damit war der Präsident einem Amtsenthebungsverfahren zuvorgekommen, welches für den darauffolgenden Donnerstag angesetzt war. Obwohl Kuczynski gegen die drohende Amtsenthebung zunächst gut gewappnet gewesen zu sein schien, war seine Standfestigkeit schließlich doch erheblich ins Wanken geraten. Peruanischen Medienberichten zufolge soll die Veröffentlichung mehrerer Videoaufnahmen ausschlaggebend gewesen sein, welche Regierungsmitglieder und Anhänger Kuczynskis bei einem mutmaßlichen Stimmenkauf zeigten, um den Präsidenten im Amt halten zu können. Mehrere Abgeordnete hatten PPK daraufhin die Unterstützung verweigert, so dass dieser das drohende Misstrauensvotum mit großer Wahrscheinlichkeit nicht überstanden hätte.

Kuczynski selbst ist sich indessen keiner Schuld bewusst. So verkündete er, für Taten beschuldigt worden zu sein, die er nie begangen habe. Er sieht sich selbst als Opfer seiner politischen Gegner und betonte, dass er in dieser schwierigen Situation nicht länger in der Lage sei, das Land zu regieren. So fügte er hinzu, dass es das Beste sei, wenn er zurücktrete; ein Schritt, den er zum Wohle Perus täte.

Bereits Ende vergangenen Jahres hatte der Kongress über ein Amtsenthebungsverfahren Kuczynskis auf Antrag Keiko Fujimoris, Vorsitzende der Oppositionspartei Fuerza Popular, abgestimmt, welches jedoch knapp

scheiterte. Keikos Bruder Kenji, ebenfalls Oppositionsmitglied, hatte sich mit neun weiteren Abgeordneten der Stimme enthalten und so dafür gesorgt, dass Kuczynski im Amt blieb. Kurz darauf begnadigte PPK Alberto Fujimori, Vater von Keiko und Kenji und Ex-Machthaber Perus, der wegen Korruption und schwerer Menschenrechtsverletzungen zu 25 Jahren Haft verurteilt worden war. Die Entscheidung des Präsidenten, die wie eine Gegenleistung für die Unterstützung Kenjis im Misstrauensvotum wirkte, hatte auf nationaler wie internationaler Ebene für scharfe Kritik gesorgt und tausende Menschen auf die Straße getrieben.

Grund für die zunehmende Kritik an Kuczynski waren jedoch vor allem seine dubiosen Beziehungen zu dem brasilianischen Baukonzern Odebrecht, der über Jahre hinweg Schmiergeldzahlungen an Politiker, Parteien, Beamte und Manager sämtlicher lateinamerikanischer Länder geleistet haben soll. So wird auch Kuczynski vorgeworfen, während seiner Zeit als Minister im Zeitraum von 2001 bis 2006 im Gegenzug für Bauaufträge Zahlungen von Beraterhonoraren von Odebrecht empfangen zu haben. Während PPK die Vorwürfe lange Zeit bestritt, gestand er Anfang Dezember zwar ein, Beratergelder erhalten zu haben, bezeichnete diese jedoch als völlig legal. Im Rahmen der Ermittlungen im Fall Odebrecht darf der Ex-Präsident auch nach seinem Amtsrücktritt das Land für 18 Monate nicht verlassen.

Vor dem Hintergrund, dass PPK im Wahlkampf 2016 gegen Korruption und für mehr Transparenz in Regierungsangelegenheiten geworben hatte, wirken die derzeitigen Geschehnisse in Peru fast schon ironisch. Mit dem unglücklichen Ende einer kurzen Regierungszeit folgt Kuczynski seinen Vorgängern, die ihr Amt mindestens ebenso ruhmlos abgegeben hatten. So wurde die Demokratie in Peru nach dem Selbstputsch Alberto Fujimoris 1992 zwar bereits im Jahr 2001 wiederhergestellt; auch die Amtszeiten der nachfolgenden Präsidenten Alan García, Alejandro Toledo und Ollanta Humala waren jedoch von Skandalen und Korruptionsvorwürfen geprägt. Alle drei scheinen ebenfalls in den Odebrecht-Skandal verwickelt, wobei Humala sich schon seit Juli vergangenen Jahres in Untersuchungshaft befindet und auch gegen den in die USA geflohenen Toledo ein internationaler Haftbefehl vorliegt. Selbst im Zusammenhang mit Keiko Fujimori, die in den letzten

Präsidentenwahlen ihrem Konkurrenten Kuczynski mit knapp 40.000 Stimmen, was gerade einmal 0,25 Prozentpunkten entspricht, unterlegen war, ist davon die Rede, dass in ihrer Kampagne Schmiergelder geflossen sein sollen.

Erneut steuert Peru auf eine Krise zu. Trotz eines stabilen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren – das Land zählt zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Lateinamerikas – schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Klasse zusehends. 90% der Peruaner betrachten die politische Elite des Landes als bestechlich; in einer Umfrage der peruanischen Zeitung La República sprachen sich 49% der Befragten für Neuwahlen aus. Es ist nun an Vizepräsident Martín Vizcarra gelegen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie des Landes zurückzugewinnen. Als Botschafter Perus in Kanada hatte sich Vizcarra zunächst via Twitter aus Ottawa zu den Geschehnissen in seiner Heimat geäußert. Hier zeigte er sich empört, zugleich aber zuversichtlich, das Land aus seiner Krise führen zu können. Bereits zwei Tage nach Kuczynskis Rücktritt wurde Vizcarra als neuer Präsident vereidigt, um die bis 2021 andauernde Legislaturperiode Kuczynskis zu Ende zu bringen. Bei seiner Antrittsrede sagte er der Korruption offen den Kampf an und versprach zudem, ein komplett neues Kabinett zu bilden, um die bevorstehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Ob dies jedoch wirklich gelingt, scheint angesichts der großen Mehrheit der Opposition im Parlament sowie des Machthungers der Fujimoris ungewiss.